

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 52/53/2009 21. Dezember 2009

AKTUELLES

Weiter warten auf die Gipfel-Milliarden	2
Kritik an Bildungsgipfel.....	6
DHV ruft zum Boykott der Akkreditierung auf.....	9
Wirtschaft gibt in Krise mehr für FuE aus.....	10
50 300 Lehrverträge weniger als im Vorjahr.....	11
Pension mit 67 in Baden-Württemberg kommt eher.....	13
Keine Erhöhung der Hartz-IV-Kinderregelsätze	14
BGH behandelt Künstlerklage gegen Google.....	15

KULTURPOLITIK

Neumanns Kulturretat steigt erneut.....	16
---	----

BERUF UND WEITERBILDUNG

IW: Startgehalt für Bachelor-Ingenieure niedriger	20
---	----

FORSCHUNGSPOLITIK

EIT wählt erste Forschungsallianzen aus – deutsche gut dabei	22
--	----

HOCHSCHULE

Wirtschaft sieht Reformbedarf an Bayerns Unis.....	25
--	----

SCHULE

Goetsch will Lehrer entlasten.....	29
------------------------------------	----

VORSCHULE

Bertelsmann verkauft Scoyo an SuperRTL	34
--	----

URTEILE

EU-Juristen nicht überall zu Referendariat zugelassen.....	35
--	----

TERMINE

37

INHALT (GESAMT).....

40

Das Redaktionsteam wünscht ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.
Die nächste Ausgabe des dpa-Dossiers Bildung Forschung erscheint am 4. Januar 2010.

Verantwortlich: Ursula Mommsen-Henneberger, Tel. 040/41 13 – 3 22 75
E-Mail: dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Bildung/Bund/Länder

Weiter warten auf die Gipfel-Milliarden

Berlin (dpa) – Beim ersten Bildungsgipfel in Dresden vor einem Jahr wurden die Erwartungen ganz hoch gesteckt. Bis zu 60 Milliarden Euro Mehrausgaben für Bildung und Forschung pro Jahr stellten Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) und die Ministerpräsidenten im Oktober 2008 in Aussicht – um die Ausgaben für diese Zukunftsbereiche ab 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIB) anzuheben. Doch die Botschaft vom Folgetreffen nach 14-monatigen Bund-Länder-Verhandlungen: Der versprochene Finanzaufwuchs ist inzwischen nach allerlei Neuberechnungen auf einen Betrag zwischen 13 und 16 Milliarden Euro geschrumpft. Und: Entschieden wird darüber erst nach weiteren Verhandlungen zwischen den Finanzministern von Bund und Ländern, frühestens am 10. Juni 2010 – dem nächsten Halbjahrestreffen von Kanzlerin und Ministerpräsidenten.

Zwar konnten die Länder am 16. Dezember in Berlin der Kanzlerin die Zusage abringen, zum üblichen Bundesanteil beim Bildungsbudget ab 2015 noch einmal knapp vier Milliarden Euro pro Jahr „dauerhaft“ draufzulegen. Das heißt: Bei einem Fehlbetrag von 13 Milliarden Euro bei Bildung und Forschung will der Bund nicht nur einen Anteil von zehn Prozent – wie bisher in Aussicht gestellt – sondern 40 Prozent übernehmen.

Doch inzwischen ist die Bildungs- und Forschungsfinanzierung Bestandteil eines größeren Steuerpokers zwischen Bund und Ländern geworden. Das lange Tauziehen um Ausgleichszahlungen für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das am 18. Dezember den Bundesrat passierte, gibt dabei erst einen Vorgeschmack auf Größeres, was noch geplant ist. Skeptiker befürchten gar, dass bei dieser Taktik eine endgültige Entscheidung über die Bildungsgipfel-Milliarden erst im Zusammenhang mit der für 2011 von der schwarz-gelben Koalition angestrebten großen Steuerreform fallen könnte. Die Länder fürchten durch die Steuerpolitik der Bundesregierung insgesamt einen Angriff auf ihre Finanzbasis.

Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), der rheinland-pfälzische Regierungschef **Kurt Beck** (SPD), betonte nach dem Treffen mit der Kanzlerin, immer weiter sinkende Einnahmen, höhere Bildungsausgaben und die Schuldenbremse seien kaum miteinander vereinbar. „Da ist mehr als die Quadratur des Kreises verlangt.“